

Celle: Solidarische Initiative Neuenhäusen

Handeln für und mit den Bewohner:innen

Neuenhäusen ist ein innerstädtischer Stadtteil in Celle zwischen dem Bahnhof, der Innenstadt und dem Ortsteil Westercelle. Aktivist:innen der Stadtteilinitiative »Solidarische Initiative Neuenhäusen« haben 2021 in der Nachbarschaft durch Umfragen Interessen der Bewohner:innen ermittelt, um daraus Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Daraus ergaben sich unterschiedliche Untergruppen: So trifft sich die Kultur AG regelmäßig am ersten Freitag im Monat im Stadtteiltreff Neuenhäusen zum Orga-Treffen und im Anschluss zum kulturellen Abend, zu dem alle eingeladen sind. Dargeboten werden kulturelle Beiträge wie beispielsweise Lieder, Gedichte und Geschichten.

Die »Frauen-, Diverspersonen-, Kinder-Picknick AG« trifft sich immer am zweiten Sonntag im Monat im Stadtteiltreff Neuenhäusen und im Sommer im Park. Dabei tauschen sich die Bewohner:innen über das Zusammenleben in ihrem Stadtteil aus und überlegen, wie dieses aus

feministischer Perspektive gestaltet werden kann.

Die Ökologie-AG veranstaltet Treffen, um einander und die Neuenhäusener Natur näher kennenzulernen. 2023 legte die AG

einen Gemeinschaftsgarten für den Stadtteil an. Die Teilnehmer:innen möchten sichtbar machen, dass die Natur und das Klima nicht nur global bedroht sind, sondern auch in Neuenhäusen. So beteiligt sich die AG beispielsweise an Protesten der Celler Klimaplattform gegen die



Aktivist:innen der Stadtteilinitiative »Solidarische Initiative Neuenhäusen« bei einer Aktion gegen die Fällung von Bäumen in Celle.

drohende Abholzung einer alten Linden-Allee.

Die Begegnungsorte-AG hat einen Stadtteiltreff in einer ehemaligen Gaststätte eingerichtet. Um den

Laden zu erhalten, ist ein gemeinnütziger Verein, KUBIN e. V., gegründet worden, der noch Spenden benötigt. Der Stadtteiltreff ist ein Ort der Begegnung, an dem Ideen entwickelt und umgesetzt werden können. Zum vielfältigen Angebot gehören unter anderem das regelmäßig stattfindende Nachbarschaftscafé, ein Spieleabend, eine Kreativ-Werkstatt, eine Patchwork- und Quilt-Gruppe. Alle AGs treffen sich hier einzeln und in regelmäßigen Abständen auch gemeinsam. Kontaktmöglichkeit besteht über die Adresse

neuenhaeusen@riseup.net. Siehe auch unter neuenhaeusen.noblogs.org.

KM

Christuskirche Hildesheim:

Spätes Gedenken

Am 19. November gedachte die Gemeinde der Christuskirche der 150 bis 200 Zwangsarbeiter aus Holland, Italien, Frankreich, Polen und Russland, die in ihrer Kirche nach der Bombardierung Hildesheims unter unmenschlichen Bedingungen ohne Essen und auf dem nackten Steinfußboden eingepfercht leben mussten. Viele von ihnen starben kurz vor oder nach der Befreiung.

Wie konnte es sein, dass erst nach beinahe 80 Jahren im Rahmen eines Gottesdienstes im Vorraum der Kirche eine Gedenktafel angebracht und eine Plastik aufgestellt wurde? Ein ehemaliger holländischer Zwangsarbeiter hatte sich 1994 an die Kirchengemeinde gewandt, weil er glaubte, dass der damalige Kirchenvorstand

der NSDAP und gründete 1933 die Hildesheimer Ortsgruppe Deutsche Christen. 1945 stellte er die Christuskirche als Lager für ausgebombte ausländische Zwangsarbeiter zur Verfügung. Er war bis Kriegsende überzeugter Nationalsozialist.

Die Entnazifizierung kostete Riege lediglich eine achtzehnmonatige Gehaltskürzung. 1950 trat er aus eigenem Wunsch aus Krankheitsgründen zurück. Vor seinem Ausscheiden vernichtete er sämtliche Akten des Pfarrbüros über die Zeit im Faschismus.

Seit 1995 hat die Gemeinde gründliche Recherche betrieben, ehemalige Zwangsarbeiter eingeladen und die Hildesheimer aufgefordert sich zu melden, wenn sie etwas zur Aufklärung beitragen können. Das Ergebnis wurde nun im November eindrucksvoll präsentiert: Eine szenische Darstellung mit Aussagen von ehemaligen Zwangsarbeitern und Zeitzeugen, eine Plastik und eine Gedenktafel, die über die Ereignisse informiert und die Scham über das Versagen der Kirchengemeinde ausdrückt. **AM**



Eine Plastik erinnert jetzt in der Christuskirche Hildesheim an die Zwangsarbeiter.

einen Bericht über die Vorkommnisse in der Kirche verfasst haben müsste und er sich Aufklärung über die Zustände in der Kirche und den Verbleib der Zwangsarbeiter erhoffte. Es gab keine Eintragungen und Unterlagen darüber.

Pastor Lic. Herbert Riege war von 1928 bis 1950 Pastor der Kirche. Er war seit dem 1. Mai 1931 Mitglied

Jahreshauptversammlung der VVN-BdA Peine

»Lieber bunt statt blau«

»Wir sind lieber bunt statt blau und sowieso bunt statt braun!«, so rief im Januar die Betriebsratsvorsitzende des Stahlwerks der Peiner Träger GmbH (PTG), Gaby Handke, auf der Jahreshauptversammlung der Peiner VVN-BdA den 23 Anwesenden zu.

In ihrem Referat »Betriebliche Realität und rechte Entwicklungen« lobte Handke die bereits 1994 in dem Stahlwerk abgeschlossene »vorbildliche Betriebsvereinbarung« zwischen Betriebsrat und Vorstand als »allgemeine Grundsätze für die Behandlung aller Betriebsangehörigen«. Darin heißt es, dass es keine Benachteiligungen irgendwelcher Art geben dürfe. »Vorstand und Betriebsrat sorgen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein friedliches Zusammenarbeiten im Unternehmen«, so die Referentin. »Im Unternehmen arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen mit ausländischen Wurzeln. Viele haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Sollten diese nach dem Willen der Rechten »rückabgewickelt« werden, kann man die PTG schließen. Dann wird keine Tonne Stahl mehr produziert und kein Träger mehr gewalzt«, erklärte die Betriebsratsvorsitzende.

Auf der gut besuchten Jahreshauptversammlung wurden die Vorsitzenden Peter Baumeister und Britta Lindemann sowie Schriftführerin Gesine Baumeister in ihren Ämtern bestätigt. Neuer Beisitzer ist Jakob Ole Lenz, Revisoren Renate Meyer, Hermann Spörl und Ulrich Wolf. Zum Bundeskongress im Juni in Halle wurden Peter Baumeister und Werner Kubitzka delegiert.

Für die nächste Zeit ist unter anderem eine Musiksession mit Helmut Horneffer im Juni geplant. Dieser bereicherte die gelungene Zusammenkunft, die von intensiver Diskussion geprägt war, mit antifaschistischen und Spottliedern.

Peter Baumeister

Zahlreiche Aktionen gegen den Rechtsextremismus

Proteste in ganz Niedersachsen

Nicht nur in der Landeshauptstadt Hannover kamen in den vergangenen Wochen mehrere Zehntausende Menschen zusammen, um gegen die AfD und gegen den Rechtsextremismus zu demonstrieren. Auch in vielen anderen niedersächsischen Städten und kleineren Orten – in denen zum Teil noch nie oder das letzte Mal vor Jahrzehnten überhaupt demonstriert wurde – wurden Demos, Kundgebungen, Mahnwachen und andere Aktionen organisiert.

Der Landesvorstand der VVN-BdA Niedersachsen begrüßte auf seiner Sitzung im Februar den breiten Widerstand gegen rechts und gab folgende Einschätzung ab: Die teilnehmenden Organisationen und Forderungen sind von Ort zu Ort unterschiedlich. Mancherorts reicht die Bandbreite von der Antifa bis zur CDU, andernorts grenzt man sich ab, was zu einer Schwächung der Bewegung gegen die AfD führt. Auch mit Bauerndemos wurde z. T. gesprochen bzw. Bauern suchten Kontakt zu Bündnissen gegen rechts.

VVN-BdA in den Protesten

Konsens war in der Regel: Demokratie erhalten, Vielfalt/buntes Leben bewahren, gegen AfD und gegen Abschiebungen. Einige der Losungen lauteten »Feierabend für Faschismus«, »Demokratie schützen« sowie »Demokratie stärken – gegen rechts!«, »Gemeinsam stark gegen Faschismus«, »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus«, »Nie wieder Faschismus!«, »Für Demokratie und Vielfalt«, »Demo gegen die AfD«, »AfD - nein danke!«.

Aufgabe der VVN-BdA sei es, nicht zur Spaltung der Bewegung beizutragen. Sie müsse sich aber gegen die Politik der Regierung wenden, die u. a. durch Sozialabbau, Abschiebung und Abschottung sowie hohe Militärausgaben geprägt ist und die somit dazu beiträgt, dass die AfD Stimmen gewinnt.

Die VVN-BdA ist in der Regel in Bündnissen aktiv, aber nicht führend bei den Demos. Die Mitglieder sind zum großen Teil im Rahmen und mit den Fahnen anderer Organisationen auf der Straße. VVN-BdA-Mitglieder, die z. T. seit Jahrzehnten nicht auf der Straße waren, suchen jetzt

Kontakt zu den Vorständen und wollen sich engagieren.



Rund 10.000 Menschen beteiligten sich Anfang Februar an einer Menschenkette um den Niedersächsischen Landtag. Unter dem Motto »Wir sind die Brandmauer« unterstützten sie eine zeitgleiche Aktion rund um den Bundestag in Berlin. Foto: Scharna

So wurden fast überall die erwarteten Zahlen der Teilnehmenden um ein Vielfaches übertroffen. Die Mobilisierungen fanden teilweise sehr kurzfristig und über soziale Medien statt. Die Berichterstattung in der Presse ist besser, als die VVN-BdA es sonst von ihren zahlreichen und jahrzehntelangen Aktionen gegen rechts kennt.

Mehr als 250.000 Protestierende

Laut niedersächsischem Innenministerium hat es allein zwischen Mitte und Ende Januar etwa 100 Kundgebungen mit mehr als 250.000 Menschen im Bundesland gegeben. »Von der Nordseeküste bis zum Teutoburger Wald, von der niederländischen Grenze bis zum Harz: überall in Niedersachsen stehen Menschen auf und gehen für den Erhalt unserer Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße«, so Innenministerin

Daniela Behrens (SPD) in einer Pressemitteilung.

Weitere Proteste in Vorbereitung

Widerstandsaktionen fanden unter anderem an folgenden Orten statt:

- Peine: Am 16. Januar waren in Peine-Stedderdorf rund 500 Teilnehmer:innen gegen die »Fraktion der AfD im Dialog« auf der

Straße. Am 5. Februar hieß es mit 1.000 Teilnehmenden auf dem Peiner Marktplatz: »Mit Herz gegen Hass«.

- Oldenburg: Im Bereich der VVN-BdA Kreisvereinigung Oldenburg, Friesland und Wilhelmshaven gingen am 20. Januar 18.000 Menschen in Oldenburg, am 27. Januar 3.000 Leute in Nordenham und am 3. Februar 1.000 Antifaschist:innen in Brake zu Kundgebungen.

- In Braunschweig demonstrierten am 20. Januar etwa 20.000, in Wolfsburg am 2. Februar rund 500, in Gifhorn einen Tag später ca. 2.000 und in Goslar im Januar etwa 5.000 Menschen gegen die AfD. Am 18. Februar kamen in Wolfsburg erneut 7.000 Menschen zusammen – unter ihnen der Volkswagen-Vorstandschef

Artikel und Fotos bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Wir freuen über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der VR-Bank Altenburger Land eG/Deutsche Skatbank, IBAN: DE79830654080004212886, BIC: GENODEF1SLR

Oliver Blume und die VW-Betriebsratschefin Daniela Cavallo. Die Kreisvereinigung Ostfriesland der VVN-BdA war unter anderem am 3. Februar in Leer auf der Straße. Weitere Aktionen fanden auch in folgenden Orten statt oder sollen im Laufe des Februars noch organisiert werden: Alfeld, Aurich, Bad Lauterberg, Bad Salzdetfurth, Bad Zwischenahn, Bersenbrück, Brake, Buxtehude, Cloppenburg, Dahlenburg, Duderstadt, Edemissen, Edewecht, Einbeck, Emden, Esens, Esterwegen, Fallingb., Georgsmarienhütte, Gifhorn, Gronau (Leine), Hameln, Hann, Münden, Hildesheim, Hölle, Lüneburg, Meppen, Norden, Norderney, Osnabrück, Osterode, Ostrhauderfehn, Papenburg, Rappenstedt, Salzgitter, Schortens, Seesen, Stade, Syke, Uelzen, Walsrode, Weener, Wiesmoor, Winsen/Luhe und Wunstorf. Weitere Demos sind in Planung.

JTF

Kampagne 8. Mai arbeitsfrei!

Reges Interesse gerade jetzt

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Niedersachsen verlängert ihre Kampagne, den 8. Mai in Niedersachsen als einen arbeitsfreien, staatlichen Feiertag einzuführen. Hierzu wurde eine Unterschriftenaktion und eine Online-Petition unter der Adresse weact.campact.de/petitions/8-mai-zum-feiertag-in-niedersachsen-erklaeren gestartet.

Der Landesvorstand hat in seiner Februar-Sitzung eingeschätzt, dass gerade jetzt – nachdem die AfD und andere Rechtsradikale mit ihren »Remigrationsplänen« den breiten Protest Hunderttausender auslöste – das Thema eine neue Dimension erreicht habe.

Die Verteilungen von Handzetteln mit dem Hinweis auf die Kampagne habe ein reges Interesse an der

Forderung gezeigt, so dass die Kampagne mindestens bis Mitte des Jahres fortgeführt werden soll.

Die niedersächsische Landesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass eine Diskussion über einen weiteren staatlichen Feiertag stattfinden solle. Über die Entwicklung der Kampagne informiert die Internetseite vvn-bda-niedersachsen.de/8mai.

JTF